

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 26. Oktober 1894.

Der Kaiser und der Bund der Landwirthe.

Am 20. Oktober empfing der Kaiser im Neuen Palais eine Abordnung des Bundes der Landwirthe der Provinz Ostpreußen, die vom Provinzialvorsitzenden des Bundes, Herrn von der Groeben-Arnstein, geführt war. Hierbei waren der Ministerpräsident und Minister des Innern Graf zu Eulenburg und der Landwirtschaftsminister von Heyden zugegen. Die Abordnung überreichte im Namen von 12 000 Bauern der Provinz eine Adresse, auf welche der Kaiser folgende Antwort ertheilte:

„Meine Herren!

Ich freue mich aufrichtig, daß Sie hierher gekommen sind, um, meiner Aufforderung in Königsberg folgend, sich vertrauensvoll an Ihren König zu wenden. Ihr Erscheinen ist mir Beweis, daß meine damaligen Worte von Ihnen und den zahlreichen Männern, welche Sie vertreten, richtig erfaßt und daß Sie gesonnen sind, den Wegen, die ich in landesväterlicher Fürsorge vorgezeichnet habe, zu folgen.

Es gereicht mir zur Befriedigung, daß meine Hoffnung, die Ostpreußen würden auch jetzt in erster Linie ihrem Könige in dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung folgen, sich schon jetzt zu erfüllen beginnt. Seien Sie versichert, meine Herren, meine Sorge für die Landwirtschaft, die großen und die kleinen Bauern, wird nicht nachlassen, wie ich andererseits zu Gott vertraue, daß, wenn alle wohlgesinnten Theile der Nation sich um mich schaaren, es möglich sein wird, unser theures Vaterland ohne schwere Erschütterungen durch die Kämpfe hindurchzuführen, welche zersetzende Bestrebungen uns aufnöthigen.

Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre Kundgebung. Grüßen Sie mir Ihre so liebe Heimath!“

Geistige und körperliche Arbeiten in sozialdemokratischer Theorie und Praxis.

Die sozialdemokratische Partei besitzt einen Verwaltungsapparat, wie ihn keine andere Partei in ähnlichem Umfange besitzt. Ein kleines Heer von Beamten ist nicht nur in der Centralleitung und in der Agitation, sondern auch in zahlreichen, der Partei gehörigen Druckunternehmungen, Druckereien und einer großen Buchhandlung thätig. Die für die einzelnen Posten ausgeworfenen Gehälter steigen bis zu 7200 Mark auf, stehen also im Durchschnitt bei Weitem über den Verdienst eines guten Handarbeiters.

Diese Ungleichheit ist Gegenstand starker Opposition in der Partei. Schon auf dem Kölner Parteitage im vorigen Jahre lagen Anträge gegen die Höhe der Redakteurgehälter vor, auf die von verschiedenen Seiten erwidert wurde, daß bei den Druckunternehmungen meist die Parole laute: „Ueberschüsse machen“; in Folge dessen würden die Partejournalisten nicht selten wie Tintenkulis behandelt, und wenn es so weiter gehe, müßten sie sich zu einem Fachverein gegen die Unternehmer zusammen thun. Die Opposition hat sich aber damit nicht beruhigt, sie ist in diesem Jahre auf dem Tage in Frankfurt a. M. noch stärker als zuvor aufgetreten.

Gegen das Verlangen, die Löhne für die geistigen Arbeiter zu beschneiden und nicht über den Betrag von 3000 höchstens 4000 Mark hinausgehen, erklärte Bebel: Wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft und kommen aus ihr nicht heraus, stellen wir unsere geistigen Arbeiter schlechter als jetzt oder gar den körperlichen Arbeitern gleich, so werden sie sich bedanken, fernerhin noch für die Partei thätig zu sein; wir müßten auf eine Reihe von „Intelligenzen“ verzichten und haben doch jetzt schon an solchen

wirklich keinen Ueberfluß. Eine andere „Intelligenz“ sagte, die tüchtigen Kräfte müßten höher bezahlt werden, denn sie brächten das Mehr reichlich für die Unternehmung wieder ein, während unfähige Geschäftsleiter in einem Monate viel mehr Schaden stiften können, als an ihrem Gehalt gespart würde. Darauf erwiderte die Gegenseite: Einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu machen, sei ganz unsozialdemokratisch; ein Kohlenarbeiter habe viel schwerer zu arbeiten als eine Intelligenz; das Parteivermögen setze sich aus lauter fauer verdienten Arbeitergrotschen zusammen; wollten es die geistigen Kräfte besser haben als die anderen und hätten sie nicht soviel Idealismus, der Partei selbstlos zu dienen, so möchten sie davon laufen, die Partei gewönne nur dabei und die Andrangelei von oben (d. h. der Uebertritt von akademisch Gebildeten zur Sozialdemokratie) würde aufhören.

Bei diesem Gegensatz haben beide Theile Recht: die Bebel'sche Seite vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes aus, die andere dagegen nach dem Inhalte der sozialdemokratischen Lehre selbst. Gewiß wirkt viel Neid und natürliches Mißtrauen des Proletariats gegen den „Akademiker“ mit. Aber die Sozialdemokratie wäre in ihrer eigenen Verwaltung vollkommen in der Lage, den Grundsatz der Gleichheit Aller durchzuführen. Handelt es sich um eine bürgerliche Unternehmung, so ist jeder besondere Gewinn, der dem Unternehmer und den geistigen Kräften zufällt, die größte Ungerechtigkeit, „Diebstahl“ am Eigenthum der Arbeiter als den angeblich alleinigen Erzeugern von Werthen. Daß die Sozialdemokratie diesen Grundsatz — den Eckstein ihrer ganzen Lehre — bei sich selber nicht verwirklichen kann, daran ist nicht die bürgerliche Gesellschaft schuld, wie Bebel sich und Anderen einreden will, sondern nichts anderes als die unverrückbare Natur der Dinge. Auch in irgend welchem Zukunftsstaate, der die Intelligenzen nicht besonders honorirte, würde diese einfach davonlaufen oder erst recht dem Neide und der Verdächtigungssucht unterliegen.

Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Im Jahre 1844 wurde in Berlin die berühmte erste Industrieausstellung abgehalten, und diese Ausstellung hatte segensreiche Folgen. So weckte sie das Bewußtsein der eigenen Leistungsfähigkeit, eröffnete andererseits aber den besitzenden Klassen die Einsicht, daß mit der vervielfältigten Gütererzeugung auch die Steigerung der sittlichen Pflichten des Menschen gegen den Menschen Hand in Hand gehen müsse. Die Folge dieser Erkenntniß war ein Aufruf einer Reihe höherer Beamter (v. Diebahn, Knoblauch, v. Patow, Dr. Bornemann, v. Rönne u. A.) zusammen mit einer großen Anzahl hervorragender Gewerbetreibender aus ganz Preußen vom 7. Oktober 1844 zur Bildung eines Vereins für das Wohl der Hand- und Fabrikarbeiter. „Die Verbesserung des sittlichen und wirthschaftlichen Zustandes der Hand- und Fabrikarbeiter,“ so heißt es in dem Aufruf, „ist eine dringende und sehr wichtige Aufgabe unserer Zeit. In Erfüllung dieser Aufgabe wird der Verein dahin wirken, daß a) in jeder Provinz oder in jedem Regierungs-Bezirk ein Provinzial- oder Bezirks-Verein sich bildet, b) für einzelne Orte oder Distrikte Lokal-Vereine überall ins Leben treten, auch c) an diesen Vereinen die Hand- und Fabrikarbeiter möglichst Theil nehmen und bei deren Verwaltung thätig mitwirken.“

Die Lokal-Vereine sollten dann auf die Errichtung von Spar- und Prämienkassen, Kranken- und Sterbekassen, Unterstützungs- und Pensionskassen, Fortbildungsschulen für die in Fabriken beschäftigten Kinder und von Bewahranstalten für die Kinder der Fabrikarbeiter hinarbeiten, ferner wurde empfohlen die Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse